

PROTOKOLL

der 1. ausserordentlichen Gemeindeversammlung Amsoldingen

Datum	Dienstag, 25. Februar 2014
Zeit	20.00 - 21.20 Uhr
Ort	Mehrzweckanlage Amsoldingen
Vorsitz	Stefan Gyger, Gemeindepräsident
Protokoll	Therese von Känel, Gemeindeschreiberin
Anwesende Stimmberechtigte	91

Gemeindepräsident Stefan Gyger begrüsst die Anwesenden zur heutigen Gemeindeversammlung.

Da am 29. November 2013 das Budget 2014 abgelehnt worden ist, musste der Gemeinderat dieses nochmals neu überarbeiten. Niklaus Schwarz wird im ersten Traktandum informieren, wie dies abgelaufen ist.

Für die Ratsmitglieder hatte dies auf jeden Fall einige Abklärungen zur Folge, wie z.B. wie weiter mit dem Winterdienst auf Privatstrassen, was darf bei der Schule noch bezahlt werden, darf der Gemeinderat seine geplante Klausur im Februar durchführen, etc.

Speziell an all den Abklärungen war, dass das Amt für Gemeinden und Raumordnung bei der ersten Anfrage die eine Antwort gab, bei einer Rückfrage eine leicht andere und bei der schriftlichen Stellungnahme dann nochmals eine andere Antwort kam.

Beim Winterdienst hiess es z.B. direkt nach der Gemeindeversammlung, dass die privaten Strassen nicht mehr geräumt werden dürfen. Nach der Bitte, diese Weisung auch noch schwarz auf weiss zu erhalten, hiess es plötzlich, dass die Sicherheit und das Gewohnheitsrecht nun doch überwiegen und die privaten Strassen einfach leicht reduziert geräumt werden sollen, wie eigentlich alle Gemeindestrassen auch.

Beim Skitag fiel die Antwort jedoch ganz klar aus. Wenn der Car und die Ski-Tickets nicht bereits fix reserviert seien, dürfe dieser nicht durch die Gemeinde bezahlt werden. Der Gemeinderat ist sehr froh, dass Barbara Kipfer über die Festtage mit vielen Telefonaten und kreativen Ideen doch einen Weg gefunden hat, wie der Skitag dennoch durchgeführt werden konnte, ohne dass dieser in diesem Jahr das Gemeindebudget belastet. Auch all die Briefe und Telefonanrufe von Bürgern, welche eine private Spende des Skitages angeboten haben, findet er super. Auch die PBA hat übrigens ein entsprechendes Angebot gemacht. Wer der

Schulkasse eine Spende machen will, kann dies gerne über die Finanzverwaltung noch machen.

Bei der Klausur des Gemeinderates lautete die Antwort des AGR sehr ähnlich. Wenn die Räume bereits reserviert seien, könne diese durchgeführt werden, ansonsten nicht. Die Räume waren zwar bereits reserviert, aber durch eine Charme-Offensive konnten diese noch storniert werden, ohne die eigentlich festgelegten Annullationsgebühren bezahlen zu müssen. Es wäre ja wohl unverständlich gewesen, wenn der Gemeinderat an eine zweitägige Klausur gegangen wäre und unter Umständen der Schneetag nicht hätte durchgeführt werden können.

Die Gemeinde Hasliberg steht momentan auch noch ohne Budget da. Stefan Gyger erwähnt an dieser Stelle den heute in diesem Zusammenhang im Thuner Tagblatt erschienenen Artikel „Am 1. Juli übernimmt der Kanton die Finanzen“ und liest daraus einige Passagen vor:

„Per 1. Januar 2014 stehen neun Gemeinden im Kanton Bern ohne Budget da“, erklärt Iris Markwalder, Leiterin Gemeindefinanzen bei der kantonalen Abteilung Gemeinden. Dies seien sehr viele. „Normalerweise sind es eine oder zwei.“

Eine Gemeinde, die zum Jahresanfang über kein genehmigtes Budget verfügt, darf nur die gebundenen sowie unumgängliche Ausgaben tätigen. „Also nur Ausgaben, die zwingend notwendig sind“, erklärt Iris Markwalder. So müssten beispielsweise alle Beiträge und Verträge überprüft werden. „Etwa Gelder an Skilager sind nicht notwendig, oder es kann günstiger kommen, einen Vertrag nicht zu erfüllen.“ Nicht tangiert werden dürfe die Sicherheit, sagt Iris Markwalder. „Ein Loch in der Hauptstrasse darf geflickt, aber nicht ein neues Trottoir erstellt werden.“ Auch die Schneesäumung sei weiter möglich. „Allerdings muss die Frage gestellt werden, ob wirklich schwarzgeräumt werden muss oder es reicht, Kies zu streuen.“

Aufgrund der letzten Konsultativabstimmung über die Anpassung der Gemeinderats- und Kommissionsentschädigungen hat der Gemeinderat die Entschädigungen nochmals leicht nach unten korrigiert. Die heute vorgeschlagene Variante ist für Amsoldingen finanziell tragbar und nicht mehr so einschneidend. Die Anwesenden werden dann bei der Abstimmung über das Budget 2014 darüber befinden können, ob die Entschädigungen für Gemeinderat und Kommissionen leicht erhöht werden können oder nicht.

Präsident Stefan Gyger erklärt die Gemeindeversammlung als eröffnet.

Die Gemeindeversammlung wurde ordentlich mittels Publikation im Thuner Amtsanzeiger bekannt gegeben. Zudem wurden die Botschaften zur Versammlung in Form des „Klein-Asudinger“ allen Haushaltungen zugestellt.

Stefan Gyger orientiert die Versammlung über die Stimmberechtigung: Stimmberechtigt sind Schweizer, die seit mindestens 3 Monaten in der Gemeinde wohnhaft sind und ihren 18. Geburtstag bereits zurückgelegt haben und nicht nach Artikel 398 ZGB einer umfassenden Beistandschaft unterstehen.

Es wird festgestellt, dass die Anwesenden im Besitz des Gemeindestimmrechts sind, mit Ausnahme von Therese von Känel, Gemeindeschreiberin.

Von der Presse ist Margrit Kunz, Thuner Tagblatt, anwesend (ebenfalls nicht stimmberechtigt)

Präsident Stefan Gyger erklärt die Gemeindeversammlung als eröffnet.

Als Stimmzähler werden vorgeschlagen und gewählt:

1. Karl Bruni
2. Willy Saurer
3. Roger Bühler
4. Ueli Bangerter

Präsident Stefan Gyger gibt die heutigen Traktanden bekannt, die wie folgt lauten:

1. Genehmigung des Voranschlags, Festlegung der Steueranlage und der Liegenschaftssteuer für das Jahr 2014 sowie Orientierung über das Investitionsbudget 2014 und die Finanzplanung 2014 bis 2018
2. Kreditabrechnung Gehweg Kirche – Friedhof. Kenntnisnahme
3. Verschiedenes

Präsident Stefan Gyger weist auf Folgendes hin:

Beschwerden gegen Versammlungsbeschlüsse sind innert 30 Tagen nach der Versammlung schriftlich und begründet beim Regierungsstatthalteramt Thun einzureichen. Die Verletzung von Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften ist sofort zu beanstanden. Wer rechtzeitig Rügen pflichtwidrig unterlassen hat, kann gegen Wahlen und Beschlüsse nachträglich nicht mehr Beschwerde führen.

Beschluss

Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

Traktandum 1

- | | | |
|----------|--------------|---|
| 1 | 8.111 | Jahresvoranschlag |
| | 8.101 | Finanzplanung |
| | | <u>Genehmigung des Voranschlags, Festlegung der Steueranlage und der Liegenschaftssteuer für das Jahr 2014 sowie Orientierung über die Finanzplanung 2014 bis 2018</u> |
| | | (Vgl. GV 29.11.2013 / 1) |

Referent Niklaus Schwarz

Finanzplan

In den nächsten Jahren werden auf finanzieller Seite grosse Herausforderungen auf die Gemeinde Amsoldingen zukommen. Es stehen Infrastrukturprojekte in Millionenhöhe an:

- Sanierung Mehrzweckanlage
- Schule
- Wasserleitungsnetz

Der an der letzten Gemeindeversammlung vorgestellte Finanzplan berücksichtigte diese Investitionen. Er deutete auch darauf hin, dass auch mit diesen grossen Investitionen keine Steuererhöhung ins Auge gefasst werden muss.

Bereits an der Gemeindeversammlung vom 29. November 2013 wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass die Finanzplanung sehr konservativ und vorsichtig erstellt worden ist: Der an dieser Versammlung präsentierte Finanzplan wies im Schnitt eine jährliche Reduktion des Eigenkapitals von rund CHF 40'000.00 aus, der Stand des Eigenkapitals würde damit in 6 Jahren von rund CHF 450'000.00 auf CHF 200'000.00 sinken.

Als Folge dieser prognostizierten Entwicklung des Finanzplans wurde an der Gemeindeversammlung vom 29. November 2013 der Voranschlag mit einem budgetierten Aufwandüberschuss von CHF 65'290.00 (rund 2 % des Haushaltsbudgets) abgelehnt und die legitime Forderung nach einem ausgeglichenen Voranschlag gestellt.

Ausgangslage für die Überarbeitung des Voranschlags

- Es soll ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden
- Durchführung einer Arbeitsplatzbewertung (ohne Anspruch, dass der Voranschlag 2014 inkl. dieser Bewertung noch ausgeglichen ist)

Steuereinnahmen Jahr 2013

Neu konnten die effektiven Steuereinnahmen, Stand 30. November 2013, berücksichtigt werden. Diese Zahlen zeigen eine erfreuliche Entwicklung: Es entstehen Mehreinnahmen von rund CHF 110'000.00, also von rund 3.5 %, welche das Budget bzw. die Rechnung 2013 entlasten werden.

Der Voranschlag für das Jahr 2013 geht von einem Aufwandüberschuss von CHF 175'000.00 aus. Die Rechnung wird sicher besser abschliessen.

Das Budgetieren der Steuereinnahmen ist nicht einfach, das zeigt sich hier. Es ist jedoch sehr erfreulich, mit solchen Mehreinnahmen rechnen zu können.

Grundstückgewinnsteuer und Sonderveranlagungen. Änderungen gegenüber abgelehntem Voranschlag

Bemerkung: Im „Asudinger“ mit der Botschaft zur heutigen Gemeindeversammlung hat sich ein Fehler eingeschlichen: Es wurde von „Auswertung der Liegenschaftssteuer und Sonderveranlagungen“ gesprochen. Richtig wäre „Auswertung der Grundstückgewinnsteuern und Sonderveranlagungen“.

In den letzten Jahren wurden durchschnittlich jährlich je CHF 25'000.00 eingenommen. Budgetiert wurden ursprünglich je CHF 10'000.00. In diesen beiden Positionen wurden nun neu je CHF 20'000.00 budgetiert.

Änderungen im Steuerhaushalt. Gesamtpauschale Berufskosten

Gemäss Grossratsbeschluss wird die heutige Gesamtpauschale bei den Abzügen für Berufskosten – Pendeln, auswärtige Verpflegung, „übrige Berufskosten“ – abgeschafft. Bisher können die effektiven Kosten oder pauschal 20 % des Nettolohns abgezogen werden.

Diese Änderung führt zu einer Entlastung des Steuerhaushalts. Im Moment geht zudem die Tendenz eher aufwärts. Bisher wurde mit einem Wirtschaftswachstum von 0.5 % gerechnet, neu werden 1.5 % eingesetzt. Dies ist immer noch tiefer als die Empfehlung des Kantons, welcher mit 2.2 % rechnet.

Finanzplan. Fazit

Die Berücksichtigung der bisherigen Erläuterungen hat grosse Auswirkungen auf den Finanzplan, es entsteht eine ganz andere Ausgangslage: Tendenziell sieht es nun nach Ertragsüberschuss und Eigenkapitalanstieg aus. Diese veränderte Ausgangslage entstand ohne grosses, eigenes Beitragen.

Auf Basis dieser veränderten Ausgangslage konnten die nun vorliegenden Budgetvarianten aufgebaut werden.

Investitionsrechnung und spezialfinanzierte Geschäfte

In diesen Bereichen wurden keine Änderungen seit der Präsentation an der Gemeindeversammlung vom 29. November 2013 vorgenommen.

Budgetearbeitung

Nebst der veränderten Ausgangslage wurden folgende bereits erwähnte Punkte bei der Überarbeitung des Voranschlags berücksichtigt:

- Es soll ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden
- Durchführung einer Arbeitsplatzbewertung (ohne Anspruch, dass der Voranschlag 2014 inkl. dieser Bewertung noch ausgeglichen ist)

Budget. Variante 1

Gegenüber dem an der Gemeindeversammlung vom 29. November 2013 präsentierten Voranschlag sind folgende Änderungen vorgenommen worden:

- Kleine Erhöhung der Entschädigungen
- Finanzen und Steuern: Pauschalabzug, Grundstückgewinnsteuern und Sonderveranlagungen entlasten das Budget 2014 gegenüber Stand 29. November 2013 um CHF. 42'000.00
- Allgemeine Verwaltung: Einsparungen von CHF 24'700.00

Das Budget gemäss Variante 1 erfüllt die Forderung nach einem ausgeglichenen Budget. Vor Berücksichtigung der Arbeitsplatzbewertung resultiert ein Ertragsüberschuss von CHF 2'360.00. Wird die Arbeitsplatzbewertung eingerechnet, beträgt der Aufwandüberschuss CHF 17'800.00.

Budget. Variante 2

Das Budget gemäss Variante 2 entspricht der Variante 1, beinhaltet jedoch keine Erhöhung der Entschädigungen. Daher ist das Resultat leicht besser. Vor Berücksichtigung der Arbeitsplatzbewertung resultiert ein Ertragsüberschuss von CHF 11'210.00. Wird die Arbeitsplatzbewertung eingerechnet, beträgt der Aufwandüberschuss CHF 8'950.00.

Fazit aus der überarbeiteten Finanz- bzw. Budgetplanung

Beide Budgetvarianten sind ausgeglichen. Der Finanzplan bestätigt den Entscheid des Gemeinderats, die Steueranlage nicht zu ändern. Was jedoch nicht bestätigt wird, ist die Aussage „die Gemeinde Amsoldingen kann sich Entschädigungserhöhungen zum heutigen Zeitpunkt nicht leisten“.

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung die Variante 1 des Voranschlags, das heisst die Variante mit Anpassungen der Entschädigungen, zur Genehmigung. Warum? Arbeit soll mit einer einigermaßen zeitgemässen Entschädigung auf allen Stufen honoriert werden.

Stefan Gyger: 170 Stellenprozente waren das Ergebnis der letzten Arbeitsplatzbewertung für die Verwaltung. Heute sind 230 Prozente besetzt, davon betreffen rund 20 % die Kirchgemeinde. Anfangs letztes Jahr waren 220 Stellenprozente besetzt, die Erhöhung von 2013 auf 2014 beträgt 10 %. Diese Erhöhung entstand aus der Änderung des Beschäftigungsgrads der Gemeindeschreiberin von jetzt 80 % (Vorgänger 90 %) und der Erhöhung des Beschäftigungsgrads der Verwaltungsangestellten von 80 % auf neu 100 %.

Die 170 Stellenprozente gemäss letzter Arbeitsplatzbewertung waren so gar nie besetzt: Die Finanzen wurden zunächst auf Honorarbasis gemacht, dann kam die Zusammenarbeit mit Höfen und Oberstocken dazu. Dies ist nun wieder weggefallen.

Es ist klar, dass geschaut wird, wie es weitergeht, nachdem das Ergebnis der Arbeitsplatzbewertung vorliegt.

Präsident Stefan Gyger verliest an dieser Stelle das Schreiben der PBA, welches zu Händen der heutigen Gemeindeversammlung eingegangen ist:

„Amsoldingen, 24. Februar 2014

Einwohnergemeinde Amsoldingen
Gemeindeversammlung
3633 Amsoldingen

Gemeindeversammlung vom 25. Februar 2014
Stellungnahme zum Traktandum Voranschlag

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorstand der PBA nimmt zum Traktandum Voranschlag 2014 der
Einwohnergemeinde Amsoldingen wie folgt Stellung:

Wir begrüßen es, dass ein ausgeglichener Voranschlag erstellt werden konnte. Auch die höheren Steuererträge sind erfreulich, trotzdem sollten sie nicht dazu verleiten, die Ausgabenseite unnötig zu strapazieren. Amsoldingen steht vor grossen Herausforderungen wie die Umsetzung der Ortsplanung, den Werterhalt der Infrastruktur sowie die Organisation des Schulbetriebes. Projekte und Aufgaben, die Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen haben werden.

Der Gemeinderat hat die Zeit ohne gültigen Voranschlag so überbrückt, wie es der Kanton verlangt. Es wurde eine restriktive Ausgabenpolitik betrieben und alltäglicher Bedarf zum Teil gestrichen oder zurückgestellt. Die Bevölkerung musste spüren, was es heisst, wenn ein Budget abgelehnt wird. Umso unverständlicher ist es für die PBA, dass der Gemeinderat im nun vorliegenden Budget seine Entschädigungserhöhung erneut in den Vordergrund stellt. Es spricht für sich, wenn eine Behörde ihre eigene Entschädigung auch nach zweimaliger Ablehnung durch die Stimmberechtigten immer noch zuoberst auf der Traktandenliste führt. Schon vor der gewünschten Erhöhung wurden die Stellenprozente in der Gemeindeverwaltung weiter angehoben, obwohl in den letzten Jahren Aufgaben wie Sozialhilfe, Feuerwehr, Zivilschutz und Vormundschaftswesen ausgelagert oder an den Kanton abgegeben werden konnten und der Dienstleistungsvertrag mit Höfen und Oberstocken wieder aufgehoben wurde. In diesem Punkt wird die Arbeitsplatzbewertung, die im Voranschlag 2014 enthalten ist, Klarheit bringen.

Der Vorstand der PBA ist enttäuscht, dass die Entschädigungen nach der Abweisung des Voranschlags an der letzten Gemeindeversammlung bereits auf 1.7.2014 erhöht werden sollen. Eine Erhöhung nach erfolgter Arbeitsplatzbewertung, zum Beispiel auf 1.1.2015, wäre aus unserer Sicht angemessener gewesen. Wir haben aber vor einem Jahr eine Erhöhung nicht grundsätzlich abgelehnt, viel mehr war es der Betrag der Erhöhung, den wir als unverhältnismässig erachteten.

Der Vorstand der PBA konnte sich nicht einigen, welcher der beiden Budgetvarianten der Vorzug zu geben ist. Weil wir aus Zeitgründen keine Mitgliederversammlung durchführen und die nun vorliegenden Budgets mit unseren Mitgliedern nicht beraten konnten, verzichten wir auf einen Antrag an die Gemeindeversammlung.

Wir möchten aber die **Variantenabstimmung**, bei welcher es ja einzig um die Entschädigungsfrage geht, **geheim durchführen** und stellen den entsprechenden **Antrag**.

Mit Interesse wartet die PBA auch auf den überarbeiteten Finanzplan und die längerfristige Strategie des Gemeinderates. Die Finanzpläne der letzten beiden Jahre weisen eine markante Reduktion des Eigenkapitals aus, zeigen jedoch keine Massnahmen auf, wie der Gemeinderat diesem Trend begegnen will. Sollte der Finanzplan 2014 bis 2019 das gleiche düstere Bild zeichnen, bitten wir den Gemeinderat, Massnahmen für einen langfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt aufzuzeigen.

Für Ihre Kenntnisnahme und Unterstützung danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Parteiunabhängige Bürger Amsoldingen PBA

Präsident: Sekretärin:

Johann Rudolf Bircher Irene Ryser“

Stefan Gyger: Er sichert an dieser Stelle zu, dass – falls der Finanzplan nächstes Jahr wieder nach unten zeigt – Massnahmen eingeleitet werden müssen.

Der Antrag der PBA auf geheime Abstimmung liegt vor. Nun eröffnet Stefan Gyger die Fragerunde zum Budgetinhalt.

Beratung

Andreas Schädler: Er erkundigt sich nach dem Vorgehen bzw. Ablauf der vorgesehenen Stellenprozentbewertung, welche ja immerhin rund CHF 20'000.00 kosten werde, und danach, wer diese Bewertung durchführt.

Stefan Gyger: Die Arbeitsplatzbewertung wird vom Verband Bernisches Gemeindegremium durchgeführt. Heute Abend hat er die Offerte nicht da und kann daher nur grob über den Ablauf informieren: Die Vorarbeit wird vom Verband geleistet, welcher Grundlagen eruiert und Unterlagen vorbereitet. Diese werden dann dem Personal zur Bearbeitung und Beantwortung übergeben. Die Ergebnisse daraus werden dann wieder vom Verband überprüft. In die Arbeitsplatzbewertung werden nebst der Verwaltung auch die übrigen Gemeindegremien wie Abwarte und Werkmeister mit einbezogen. Im Verhältnis sind die Kosten so günstiger, als wenn nur einzelne Bereiche bzw. einzelne Bereiche separat überprüft werden.

Antrag des Gemeinderats an die Gemeindeversammlung

Der Gemeinderat hat das Geschäft „Voranschlag 2014“ an der Sitzung vom 3. Februar 2014 erneut beraten und zu Händen der Gemeindeversammlung verabschiedet. Er bringt der

Gemeindeversammlung den Finanzplan 2014 bis 2018 zur Kenntnis und zwei Varianten des Voranschlags 2014 zur Abstimmung (Cup-System):

Variante 1 (mit Anpassungen der Entschädigungen auf 01.07.2014)

Der Voranschlag 2014 wird

- mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 17'800.00,
 - der Steueranlage von 1,74 Einheiten der einfachen Steuer und
 - der Liegenschaftssteuer von 1,2 ‰ des amtlichen Wertes
- genehmigt.

Variante 2 (ohne Anpassungen der Entschädigungen)

Der Voranschlag 2014 wird

- mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 8'950.00,
 - der Steueranlage von 1,74 Einheiten der einfachen Steuer und
 - der Liegenschaftssteuer von 1,2 ‰ des amtlichen Wertes
- genehmigt.

Der Gemeinderat empfiehlt den Stimmberechtigten Variante 1 des Voranschlags zur Genehmigung.

Stefan Gyger erläutert das Abstimmungsverfahren: Zuerst wird über den Antrag der PBA auf geheime Variantenabstimmung abgestimmt. In diesen Abstimmungen über die beiden Varianten werden diese einander gegenüber gestellt. Dann gibt es eine Gewinner- und eine Verlierervariante. In der offenen Schlussabstimmung wird dann noch über die Gewinnervariante abgestimmt.

Abstimmungen

Dem **Antrag der PBA auf geheime Abstimmung** über die beiden Budgetvarianten wird mit **42 Ja-Stimmen zugestimmt** (nötig gewesen wären 23 Stimmen).

Geheime Abstimmung über Variante 1

Der Variante 1 wird mit **57 Ja-Stimmen** gegen **33 Nein-Stimmen** bei **1 Enthaltung** zugestimmt.

Geheime Abstimmung über Variante 2

Die Variante 2 wird mit **36 Ja-Stimmen** gegen **55 Nein-Stimmen** abgelehnt.

Offene Schlussabstimmung über die Siegervariante 1

Der Voranschlag 2014 wird

- mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 17'800.00,
 - der Steueranlage von 1,74 Einheiten der einfachen Steuer und
 - der Liegenschaftssteuer von 1,2 ‰ des amtlichen Wertes
- grossmehrheitlich** bei **3 Nein-Stimmen** und **7 Enthaltungen** genehmigt.

Traktandum 2

- 2** **4.502** **Staatsstrassen**
 4.505 **Trottoirs**
 Kreditabrechnung Gehweg Kirche – Friedhof. Kenntnisnahme

Referent Florian Andrist

- Er erläutert einleitend, dass die heute präsentierte Abrechnung nur den Gehweg Kirche – Friedhof betrifft. Der Gehweg Sandgrube – Chumm ist ein separates Projekt, welches noch nicht abgeschlossen ist.
- Gestützt auf Art. 109 Abs. 2 der Gemeindeverordnung ist die Kreditabrechnung demjenigen Organ zur Kenntnis zu bringen, welches den Kredit beschlossen hat.
- An der Gemeindeversammlung vom 17. Juni 2011 haben die Stimmberechtigten der Erstellung eines Gehweges von der Kirche zum Friedhof zu brutto CHF 155'000.00 zugestimmt.
- Der Baubeginn fand am 19. September 2011 statt. Im November 2012 wurde der Gehweg fertiggestellt und abgenommen.
- Die Investition wurde in den Jahren 2012 (CHF 127'660.60) und 2013 (CHF 17'446.30) getätigt. Das Projekt kostete schlussendlich CHF 145'106.90, wobei der Begräbnisbezirk CHF 15'000.00 beisteuerte. Unter dem Strich entstanden Kosten für diese Gehwegerstellung von CHF 130'106.90, womit der Kredit um CHF 24'893.00 unterschritten ist.
- Am 13. Januar 2014 genehmigte der Gemeinderat die Kreditabrechnung und verabschiedete diese zur Orientierung an die Gemeindeversammlung.

Traktandum 3

- 3** **1.372** **Gemeindeversammlung. Verschiedenes**
 4.200 **Ortsplanung, Überbauungsordnungen**
 Revision. Information aktueller Stand

Referent Stefan Gyger

- Das Amt für Gemeinden und Raumordnung hat im Dezember die Revision der Ortsplanung genehmigt. Innerhalb der Beschwerdefrist ist jedoch gegen die Einzonung des Gebiets Führen eine Beschwerde bei der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern eingereicht worden.
- Der Gemeinderat hat nun eine Beschwerdevernehmlassung eingereicht und hofft, dass der demokratisch gefällte Gemeindeversammlungsbeschluss auch akzeptiert und unterstützt wird.
- Im Weiteren hat der Gemeinderat das Gesuch um eine Teilrechtskraftbescheinigung eingereicht. Dies bedeutet, dass das neue Baureglement in Kraft treten soll, aber auch die beiden anderen Parzellen unbestritten sind und die Einzonungen somit bestätigt werden sollen.

4 1.372 Gemeindeversammlung. Verschiedenes
1.10.28 Reglement über die Kontrolle der Feuerungsanlagen mit Heizöl
Information zur publizierten Änderung

Referent Stefan Gyger

- Bei der aufliegenden Reglementsänderung handelt es sich eigentlich um einen rein administrativen Akt.
- Es geht darum, dass der Feuerungskontrolleur die Gebühr von CHF 5.00 erheben kann, wenn er anlässlich der Kontrolle nicht bar einkassieren kann und dafür eine Rechnung stellen muss.

5 1.372 Gemeindeversammlung. Verschiedenes
5.300 Primarschule
1.500.3 Spezialkommissionen
Planungsgruppe Bildung. Informationsanlass. Aufruf

Referent Stefan Gyger

- Ein für die Gemeinde und die Schule Amsoldingen sehr wichtiger Anlass findet am Dienstag, 11. März 2014 hier in der Mehrzweckhalle statt.
- Bekanntlich hat die damalige Gemeinde Höfen die Zusammenarbeit mit Amsoldingen im Bereich Schule gekündigt.
- Am 11. März 2014 wird nun informiert, in welche Richtung die künftige Schulorganisation gehen soll.
- Man hat es bei den Investitionen gesehen, es sind grosse Beträge für die Mehrzweckanlage und die Schule vorgesehen. Daher ist es für Amsoldingen sehr wichtig, dass für die künftige Schulorganisation die richtige Richtung eingeschlagen wird.

6 1.372 Gemeindeversammlung. Verschiedenes
1.371 Gemeindeversammlung. Terminplanung
Nächste Gemeindeversammlungen. Information Termine

Referent Stefan Gyger

- Er erinnert nochmals an die Daten der ordentlichen Gemeindeversammlungen in diesem Jahr:
- Dienstag, 27. Mai 2014 und neu **Donnerstag**, 27. November 2014.

7 1.372 Gemeindeversammlung. Verschiedenes
Diskussion. Allgemeine Umfrage

Kurt Schneiter: Ihm habe es beinahe die Sprache verschlagen, als an der letzten Versammlung das Budget abgelehnt worden sei, deshalb komme er hiermit erst an der heutigen und nicht bereits an der letzten Versammlung:

Anlässlich der letztjährigen Gemeinderatswahlen habe es wohl die PBA dem Wahlausschuss zugetraut, nicht richtig zählen oder lesen zu können oder aber auch, dass die Wahl manipuliert werden könnte. Die PBA hat Wahlbeobachter bestimmt, welche am Wahlsonntag das Geschehen im Gemeindehaus beobachtet haben. Er bezeichnet dies als grössenwahnsinnig. Verglichen mit der UNO: Diese schickt Wahlbeobachter in Krisengebiete. Er habe festgestellt, dass dies bisher noch nicht publik war und wollte daher heute die Öffentlichkeit informieren. Er erwartet von der PBA schriftlich eine Erklärung, weshalb dies so gemacht wurde.

Er erwähnt noch einen zweiten Punkt: Einige Tage nach der letzten Gemeindeversammlung hat das Freiwilligenapéro stattgefunden. Die Gemeinde lud jeweils zwei Personen von den verschiedenen Vereinen dazu ein. An dieser Stelle bedankt er sich für diese Einladung. Bereits kurz nach der Begrüssung durch Gemeinderätin Barbara Kipfer seien die beiden Vertreter der PBA wieder gegangen. Dies sei nicht nur ihm aufgefallen, evtl. hatte dies ja einen Zusammenhang mit dem abgelehnten Budget.

Hansruedi Bircher, Präsident PBA: Bereits im Vorfeld der Wahlen seien Plakate aufgetaucht, welche die Kandidaten der PBA desavouiert haben. Dies war nicht vertrauenswürdig. Er sei froh, dass sich sowohl die Gemeinde wie auch die SVP davon distanziert haben. Die PBA hatte erwartet, dass mindestens eines ihrer Mitglieder in den Wahlausschuss für die Ausmittlung der Gemeinderatswahlen gewählt wird. Dies war nicht der Fall, daher wollte die PBA dabei sein. Die Auszählung ist öffentlich. Die PBA habe lediglich von diesem Recht Gebrauch gemacht. Er sei froh, dass die beiden PBA-Vertreter dabei gewesen sind. Zum zweiten vorhin erwähnten Punkt ist ihm wichtig zu sagen, dass er anschliessend noch eine weitere Verpflichtung gehabt habe und daher das Freiwilligenapéro früher verlassen musste.

Beat Gottier, Präsident Kirchgemeinde: Da er bereits mehrfach auf die Zusammenarbeit der Kirchgemeinde mit der Finanzverwaltung Amsoldingen angesprochen worden sei, möchte er hier nun diesbezüglich informieren:

Vor drei Jahren hat der Finanzverwalter der Kirchgemeinde demissioniert. Daraufhin hat die Kirchgemeinde drei Offerten für die Führung der Finanzverwaltung eingeholt. Das Angebot der Einwohnergemeinde Amsoldingen enthielt das beste Kosten- / Nutzenverhältnis. Diese Zusammenarbeit besteht nun seit drei Jahren, die Zusammenarbeit ist sehr gut. Letzte Woche hat zudem die Kontrolle durch das Regierungsstatthalteramt stattgefunden, es gab keine einzige Beanstandung. Nebst der vereinbarten Pauschalentschädigung hat die Kirchgemeinde eine einmalige Entschädigung für die zusätzlich geleistete Arbeit ausgerichtet. Er bedankt sich an dieser Stelle bei der Einwohnergemeinde und insbesondere bei Paul Gasser für die gute Zusammenarbeit.

Stefan Gyger: Er bedankt sich für dieses Votum und auch bei Paul Gasser für seine geleistete Arbeit.

Kurt Schneiter: Er erkundigt sich, ob die PBA-Mitglieder registriert sind, so dass man diese auch in Ausschüsse wählen könnte.

Stefan Gyger: Er bestätigt, dass heute Abend auch die PBA bei den gewählten Stimmzählern vertreten war.

Schlussworte

Stefan Gyger: Das letzte Bild der heutigen Präsentation – welches übrigens von der Lernenden Francine Berger vorgeschlagen wurde – symbolisiert schön eine Gemeinschaft, die zusammenhält, da sie nur so weiterkommen kann. In nächster Zeit stehen sehr wichtige Themen an, wie z.B. die bereits erwähnte Sanierung der Mehrzweckanlage, die künftige Schullösung oder das Wasserleitungsnetz. Dabei ist ein gemeinsames Zusammenstehen notwendig.

Er bedankt sich bei allen Anwesenden für das Erscheinen an der Gemeindeversammlung und das Interesse an der Amsoldinger Gemeindepolitik

Applaus im Saal

Für richtiges Protokoll

Einwohnergemeindeversammlung Amsoldingen
Gemeindepräsident Gemeindeschreiberin

Stefan Gyger Therese von Känel

Genehmigungsverbal

Anlässlich der Gemeinderatssitzung vom xxx wurde das vorliegende Protokoll gemäss Artikel 65 Absatz 3 der Gemeindeordnung genehmigt.

Gemeinderat Amsoldingen
Gemeindepräsident Gemeindeschreiberin

Stefan Gyger Therese von Känel